



29. Mai 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Debatte um die Pläne von SPD, Grüne und Linke, eine Bürgerversicherung einführen zu wollen, übersenden wir Ihnen ein Fakten Aktuell mit einigen Argumenten und Informationen:

Vorwurf	Informationen und Argumente
<p>Das deutsche Gesundheitssystem ist sozial ungerecht und die Beitragsstabilität unsicher. Die Bürgerversicherung garantiert mehr Solidarität und Gerechtigkeit</p>	<p>Tatsächlich handelt es sich bei den Bürgerversicherungs-Modellen der Opposition keineswegs um Vorschläge für eine bessere oder effizientere medizinische Versorgung. Vielmehr geht es nur um die Modalitäten der Finanzierung, genauer gesagt um die Einnahmen. Oberstes Ziel ist allein die Erschließung zusätzlicher Geldquellen, um unbequeme Weichenstellungen möglichst lange vermeiden zu können. Denn auch die sogenannte Bürgerversicherung bleibt bei dem bisherigen Umlageprinzip, das aufgrund unserer demographischen Probleme auf Dauer nicht tragfähig sein kann. Denn bei immer mehr älteren Menschen, die immer höhere Kosten verursachen, und immer weniger jungen Menschen, die das alles mit ihren Beiträgen finanzieren müssen, kommt es schnell zur finanziellen Überforderung der jüngeren Generationen. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass man neben den Beiträgen aus den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen auch Sparzinsen und Mieten verbeitragen will, zumal der Öffentlichkeit die genaue Höhe der Belastung oder ihre Berechnungsmethoden weitgehend vorenthalten werden.</p>
<p>Das aktuelle Modell begünstigt eine Zweiklassenmedizin, in dem die Privatversicherten profitieren</p>	<p>Eindeutig richten sich die Bürgerversicherungspläne gegen die neun Millionen Privatversicherten und ihre Versicherer. Die verfolgte Strategie von SPD und Grüne würde nicht nur – wie eine Studie von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung bestätigt – mehr als 100.000 Arbeitsplätze kosten, sondern würde auch dazu führen, dass unser gutes Versorgungsniveau sinken und eine echte Zweiklassenmedizin befördert würde. Heute profitieren alle Versicherten vom Wettbewerb zwischen GKV und PKV und den Vorteilen, die beide Systeme hervorbringen. Jeder Bürger hat unabhängig vom Geldbeutel flächendeckend und rund um die Uhr Zugang zu einer hochwertigen Versorgung.</p>
<p>Der Arbeitgeberbeitrag am Gesundheitssystem ist zu gering.</p>	<p>Nach Vorstellung der SPD soll der Arbeitgeberbeitrag ganz ohne Bemessungsgrenze erhoben werden. Die Beiträge für die Krankenversicherung steigen bei einem Jahreseinkommen von 52.000 Euro um zehn Prozent, bei 94.000 Euro verdoppeln sie sich sogar. Die stärkere Belastung des Faktors Arbeit und die damit einhergehende sinkende Wettbewerbsfähigkeit würde unserer Exportwirtschaft gefährden. Gerade hoch qualifizierte und innovative Arbeitskräfte kosten dadurch deutlich mehr. Das schadet unserer von Innovationen lebenden Wirtschaft. Und auch im Grünen-Modell steigt die Arbeitgeberbelastung durch die Ausweitung der Bemessungsgrenze um bis zu 46 Prozent. Im Ergebnis werden insbesondere die Mittelschicht und der Mittelstand deutlich belastet.</p>

Die Belastungen für die Versicherten-gemeinschaft sind zu hoch	<p>Sicherlich ist die Suggestion einer Beitragssatzsenkung, wie sie die SPD-Bürgerversicherung verheißt, verlockend für die Versichertengemeinschaft. Der Blick in das nackte Zahlenwerk offenbart jedoch, dass weder bei den Grünen noch bei der SPD eine solche Situation ernsthaft eintritt. Die vorgesehene Beitragssenkung von 8,3 auf 7,6 Prozent im SPD-Modell bringt im besten Falle eine Ersparnis von 23 Euro im Monat. Durch die Erhöhung der Abgeltungssteuer und damit die Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die GKV-Finanzierung wird der Effekt bei den meisten Sparern jedoch wieder deutlich abgeschwächt.</p> <p>Die Grünen machen sich durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einführung eines Ehegattensplittings ohnehin nicht die Mühe, die deutliche Belastung der Mittelschicht zu verschleiern. Ehepaare mit nur einem Einkommen kommen schnell auf höhere Beiträge von hundert und mehr Euro im Monat, wenn sie nicht gerade ein Kleinkind oder einen Pflegefall betreuen.</p>
---	--

Mit freundlichen Grüßen

Beatrix Brodkorb

Pressesprecherin und Leiterin der Pressestelle
der FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-52388
Fax: 030/227-56778